



Medienmitteilung Nr. 1191

Bern, 18. Januar 2022

Rasche Revision des Jagdgesetzes dringend nötig

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB begrüsst den Entscheid der zuständigen Kommission des Nationalrates, rasch eine Revision des Jagdgesetzes an die Hand zu nehmen. Durch die exponentiell zunehmenden Wolfsbestände nimmt der Druck immer weiter zu und hat ein für die Bergland- und Alpwirtschaft erträgliches Mass längst überschritten. Neue Ansätze im Umgang mit den Wölfen sind gefordert, welche nur durch eine Revision des Jagdgesetzes erreicht werden können.

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK des Nationalrates hat beschlossen, eine Parlamentarische Initiative ihrer ständerätlichen Schwesterkommission zu überweisen. Damit soll die Grundlage geschaffen werden für eine präventive Regulierung von Wolfsbeständen. Präventive Eingriffe bedingen eine Revision des Jagdgesetzes. Die SAB unterstützt dieses Vorgehen. Die Erfahrungen aus dem Alpsommer 2021 zeigen, dass der Druck durch die exponentiell zunehmenden Wolfsbestände ein für die Bergland- und Alpwirtschaft erträgliches Mass überschritten haben. Die im Juli 2021 in Kraft getretene Revision der Jagdverordnung vermochte für die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte keine substantielle Erleichterung der Situation zu schaffen. Die SAB ist deshalb überzeugt, dass es neue Ansätze für den Umgang mit den Wölfen braucht. Das Jagdgesetz muss rasch revidiert werden. Die parlamentarische Initiative der UREK des Ständerates ermöglicht es, diesen Revisionsprozess nun an die Hand zu nehmen.

Bei der Revision des Jagdgesetzes muss aber auch der Volkswille aus der Volksabstimmung vom 27. September 2020 berücksichtigt werden. Die SAB und verschiedene Schutz- und Nutzerorganisationen haben nach der Abstimmung den Dialog aufgenommen und gemeinsam nach einer breit abgestützten Lösung gesucht. Dieser breit abgestützte Lösungsansatz kann die Grundlage bilden für den nun durch die Überweisung der Parlamentarischen Initiative der UREK-S angestossenen Gesetzgebungsprozess.

Weitere Informationen:

- Christine Bulliard-Marbach, Präsidentin der SAB und Nationalrätin, Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 079 429 12 55
-